

Dänische Maßstäbe statt schwarzer Ignoranz

Mit ihrem Corona-Maßnahmenspektakel haben ÖVP und Grüne zwei Jahre lang die steigende Asyl-Einwanderung unter den Teppich zu kehren versucht, kritisiert Niederösterreichs Landesparteichef Udo Landbauer. Er fordert dänische Maßstäbe für die heimische Asylpolitik.



Entmündigt in die ,neue Normalität"!

ÖVP, Grüne, SPÖ und Neos wollen den Impfzwang gegen die Bürger durchpeitschen S. 2/3



PARLAMENT

Schwarze Ignoranz

Die Ignoranz im ÖVP-Innenminsterium gegenüber der illegalen Einwanderung hat die Schlepper zu immer brutaleren Methoden greifen lassen. Zuletzt wurde in Güssing gar auf Bundesheer-Soldaten im Assistenzeinsatz geschossen, kritisiert die FPÖ. S. 6

AUSSENPOLITIK

Grüne (Alb)Träume

Jahrelang haben die deutschen Grünen vom Klimaschutz geträumt. Jetzt sollen sie in der Ampel-Koalition diese umsetzen dürfen. Minister Habeck scheint aber bereits die Grenzen des Machbaren erkannt zu haben und flüchtet in altbekannte Floskeln. S. 8/9

WIEN

Mandatsgewinn

Mit dem Wechsel des Wiener ÖVP-Landtagsabgeordneten Wolfgang Kieslich zu den Freiheitlichen offenbart sich der Spalt, der sich in der ÖVP nach dem Kurswechsel zu einer "Politik ohne Profil" aufgetan hat. FPÖ-Chef Domink Nepp freut der Mandatsgewinn. S. 11

MEDIEN

Vertrauensverlust

Alljährlich ermittelt das Forsa-institut die Vertrauenswerte der Deutschen in die Institutionen. Bei der diesjährigen Umfrage gab es zwei große Verlierer: das Verfassungsgericht und die Medien. Hier sind die Öffentlich-Rechtlichen geradezu abgestürzt. S. 14

2 Innenpolitik Neue Freie Zeitung



Andreas Ruttinger andreas.ruttinger@fpoe.at

Jetzt haben wir den Obstsalat, wenn Politiker Äpfel mit Birnen vergleichen und diese als wissenschaftlich fundierte Entscheidung verkaufen.

Hatte Gesundheitsminister Mückstein vor der dritten Welle angekündigt, die Belegung der Spitalsbetten statt der Infektionszahlen als Maßstab für seine Entscheidungen heranzuziehen, so hat er dieses als "Geschwätz von gestern" abgetan und die Österreicher nun per Gesetz zu Versuchskaninchen der Pharmaindustrie degradiert.

Lemminge per Gesetz

Denn gemäß der "Spitalsinzidenz" wären eigentlich alle Maßnahmen inklusive des "Lockdown für Ungeimpfte" aufzuheben.

Aber bei Schwarz und Grün sowie großen Teilen von SPÖ und Neos wiegt Arroganz mehr als Einsicht. Die Einführung des Impfzwangs mit Vakzinen, die kein ordentliches Zulassungsverfahren durchlaufen haben, geschieht aus pseudo-religiösem Eifer und nicht aufgrund wissenschaftlicher Daten.

Den besten Beleg für die Unwirksamkeit der "Schutzimpfung" lieferte die Infektion des "geboosterten" Kanzlers. Und die gefürchtete "Omikron-Welle" entpuppt sich anhand der Hospitalisierungen nur als bessere Grippewelle.

Was die Impfung hingegen bewirkt, haben Forscher der Michigan State University in nunmehr vier Studien aufgezeigt: Die Impfung beschleunigt die Mutation des Virus und macht sich damit selbst unwirksam. Aber das passt genausowenig in das Credo der "Gamechanger-Sekte" wie das verstärkte Auftreten von Herzinfarkten, Thrombosen und überschießenden Immunreaktionen bei Geimpften.

Der Zug der Impf-Lemminge ist auf (Gesetzes)Schienen gebracht.

Der schwarz-grünen Impf-W

Gesundheitsminister kann jederzeit die Gültigkeitsdauer des Impfzertifika

Das Impfpflichtgesetz ist der vorläufige Tiefpunkt im aktuellen Regierungs-Chaos und läutet die letzte Runde dieser schwarz-grünen Bundesregierung ein. Denn damit geben die Regierungsparteien ÖVP und Grüne mit ihren pseudo-oppositionellen Gehilfen SPÖ und Neos dem Gesundheitsminister alle Mittel in die Hand, die Bürger so oft zur Impfung zu zwingen oder mit Geldstrafen zu belegen, wie er will.

Trotz des massiven monatelangen Protests der -zigtausenden Bürger und der rund 200.000 Einwendungen gegen den Gesetzesentwurf haben sich SPÖ und Neos von den Koalitionsparteien übertölpeln lassen und die Österreicher dem Impfdiktat unterworfen.

"Wir werden daher weiterhin unsere gesamte politische Kraft darauf verwenden, dieses Unrechtsgesetz komplett zu Fall zu bringen und sicherzustellen, dass niemand in Österreich bestraft wird, weil er sich gegen die Impfung entschieden hat", kündigte FPÖ-Parteiobmann Herbert Kickl die Fortsetzung des Widerstandes an.

So oft impfen, wie Mückstein will

Denn das Gesetz gebe dem Gesundheitsminister alle Freiheit, sowohl die zu verwendenden Impfstoffe auszuwählen, als auch die Zeiträume zwischen den Impfungen jederzeit nach Belieben zu verändern, wie FPÖ-Verfassungssprecherin Susanne Fürst aufzeigte.

Für die Freiheitlichen ist der Impfzwang nach wie vor verfassungswidrig, weil – wie besonders die Omikron-Variante zeigt – kein Zusammenhang zwischen der Impfquote und der Ausbreitung des Virus erkennbar ist. "Außerdem ist die Verhältnismäßigkeit nicht gegeben, weil es die Regierung seit zwei Jahren verabsäumt hat, das Gesundheitssystem durch einen Ausbau der Kapazitäten und der Personalressourcen zu schützen", argumentierte Fürst.

Der am Sonntag präsentierte neue Gesetzesentwurf, der am Donnerstag im Nationalrat beschlossen werden soll, enthält auch Verbesserungen. So wurde der Impfzwang für Minderjährige herausgenommen. Die automatische Bestrafung aller Ungeimpften kommt mit Verspätung, da das ELGA-System die dafür notwendige Datenverknüpfung noch nicht zustande bringt. Dafür gibt es ab dem 15. März eine, so Fürst, "Willkürphase", in der die Polizei alle Personen ohne gültiges Impf- oder Genesungszertifikat mit einer 600-Euro-Strafe belegen kann.

200.000 Einwendungen verworfen

FPÖ-Gesundheitssprecher Gerhard Kaniak hob die historisch einmalige Beteiligung der Bürger an diesem Gesetzesverfahren hervor: "400.000 Stellungnahmen bzw. Zustimmungen zu Stellungnahmen hat es noch nie gegeben. Mehr als fünf



Gerhard Kaniak, Susanne Fürst und dechen am "Impfpflichtgesetz" im Gesur

Prozent aller Bürger und rund 25 Prozent jener Menschen, deren Status aktuell nicht den Vorgaben des Gesetzes entspricht, haben sich geäußert. Umso befremdlicher ist es, dass sich die Regierung mit ein paar kosmetischen Änderungen über diese Bürger hinwegsetzt und noch vor den parlamentarischen Beratungen das Gesetz als Faktum präsentiert. Das ist eine grobe Missachtung der Bürger und ihrer gewählten Vertretung im Parlament."

Die aktuelle "Schutzimpfungsserie" von derzeit drei Impfungen sei zur Erreichung des Ziels – nämlich



SPITZE FEDER "Impfzeichen XY ungelöst".

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Me

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber: Freiheitlicher Parlamentsklub, Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung: Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at E-Mail Verwaltung: andreas.schoen@fpoe.at Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80; Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.); Auslandsjahresbezug: € 73 BIC: BKAUATVW IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105 Es gilt NFZ-Anzeigenpreisilste Nr. 16. Verla

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

illkür ausgeliefert!

ıts ändern und zusätzliche İmpfungen anordnen



er Verfassungsjurist Michael Geistlinger brachten die Kritik der Freiheitlindheitssausschuss vor. Vergeblich. Am Donnerstag wird es beschlossen.

des Schutzes des Gesundheitssystems vor Überlastung – nicht geeignet, betonte Kaniak. Gerade mit Blick auf Länder mit hoher Impfquote werde immer deutlicher, dass Impfquote und Verbreitung des Virus in keiner Weise korrelieren: "Daher sind auch die 90 Prozent Impfquote, die die Regierung damit erreichen will, eine völlig willkürlich festgelegte Zahl."

FPÖ steht Bürgern zur Seite

Apropos willkürlich: Portugal, das mit einer Impfrate von 93 Prozent bisher als Vorbild diente, weist derzeit eine mehr als doppelt (!) so hohe Sieben-Tage-Inzidenz wie Österreich aus.

Insgesamt sei das Gesetz ein Tabu- und Systembruch mit unserer Verfassung, kritisierte Fürst: "Wir sind alle betroffen, egal, welchen Status wir jetzt haben. Wir sind alle ungeimpft und ungeschützt dem Wohlwollen des Gesundheitsministers ausgeliefert, der per Verordnung die Gültigkeit des Impfzertifikats nach Belieben verändern kann. Aber wir werden natürlich die Bürger beraten, wie sie sich gegen all diese Maßnahmen wehren können."

KURZ UND BÜNDIG



Informationsunterdrückung

Als "unfassbaren Skandal und eine bewusste Informationsunterdrückung" gegenüber den zur Zwangsgebühr verpflichteten Bürgern bezeichnete FPÖ-Mediensprecher Chrsitian Hafenecker (Bild) die Nichtübertragung des Expertenhearings zur Impfpflicht im Gesundheitsausschuss des Nationalrats: "Offensichtlich sollten den Bürgern kritische Fakten zum Impfzwang vorenthalten werden." Damit entlarve sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein weiteres Mal als reiner Regierungslautsprecher.

Provokante Aussage

Die Aussage des Direktors des slowenischen Atomkraftwerkes Krsko, wonach Atommüll weder die Umwelt, noch die Bevölkerung gefährde, empörte die freiheitliche Abgeordneten Walter Rauch und Erwin Angerer: "Fehlendes Problembewusstsein und die falsche Einschätzung des Gefahrenpotentials in Slowenien sind vor allem für Steirer und Kärntner ein enormes Problem, liegt doch das AKW Krsko keine 100 Kilometer von ihnen entfernt in einer zuletzt im Juli 2021 aktiven Erdbebenzone."



Foto WZ

Polizei gegen Kontrollwahn

Sowohl Vize-Gewerkschaftschef Hermann Greylinger von der roten FSG, als auch Werner Herbert von der blauen AUF lehnten die Kontrolle des Impfzwangs durch die Exekutive ab Mitte März ab. Herbert sprach dabei von einer politisch motivierten, zweckwidrigen Verwendung der Exekutivbeamten. Unterstützung bekamen die Polizeipersonalvertreter von FPÖ-Parteichef Herbert Kickl und Sicherheitssprecher Hannes Amesbauer: "Die Bundesregierung missbraucht die Exekutive auf ihrem totalitären Irrweg und macht sie gegenüber den Bürgern zu den Sündenböcken ihres Kontroll-Wahns!"

SPRUCH DER WOCHE





BILD DER WOCHE Ein Dokument des Coronawahns: Ein maskenbefreiter Volksschüler "darf" in der Kälte einen Test schreiben.

4 Innenpolitik Neue Freie Zeitung

"Die Gründe für die Impfpflicht sind weder relevant, noch ausreichend."

Der Salzburger Universitätsprofessor für Völkerrecht und Rechtsvergleichung auf dem Gebiet des Verfassungs- und Verwaltungsrechts, Michael Geistlinger, hat in seiner Stellungnahme beim Expertenhearing zum Impfpflichtgesetz im Gesundheitsausschuss die Begründungen der Bundesregierung in Frage gestellt. Im folgenden Text sind die wichtigsten Punkte und Erläuterungen dazu angeführt.

- 1. Die Einführung einer Covid-19 Impfpflicht in Österreich verletzt Artikel 8 EMRK und ist daher zugleich verfassungs- und völkerrechtswidrig. Es besteht kein dringendes gesellschaftliches Bedürfnis nach Einführung einer Covid-19-Impfpflicht, sondern nach Ausbau der Gesundheitsinfrastruktur, an ausreichendem medizinischen und pflegenden Personal und den dafür notwendigen Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen und Entlohnung. Es besteht ein dringendes gesellschaftliches Bedürfnis nach Forschung und Umsetzung von frühen Behandlungsoptionen für Hochrisiko-Patienten und am Einsatz antiviraler, anti-entzündender (immuno-modulatorischer) und anti-thrombotischer Behandlung. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass der Covid-19-Pandemie wirksam Einhalt geboten werden kann. Die Gründe für die Impfpflicht sind weder relevant, noch ausreichend und daher nicht geeignet.
- 2. Der Umstand, dass §§ 7 und 8 des COVID-19-IG unvollständig sind und nicht alle Sanktionen nennen, die eine Rechtsfolge des COVID-19-IG sein können, zusammen mit der Willkürlichkeit der Höhe der angedrohten Sanktion und der Verfassungswidrigkeit des vorgesehenen vereinfachten Strafverfahrens in Bezug auf Art 11 Abs 2 B-VG bewirken, dass auch die Sanktionen als unverhältnismäßig qualifiziert werden müssen.
- **3.** Insoweit der Entwurf des CO-VID-19-IG keine Ausnahmemöglichkeit aus Gewissensgründen vorsieht, muss er als Verstoß gegen Art 9 EMRK angesehen und auch aus diesem Grund als zugleich verfassungs- und völkerrechtswidrig eingestuft werden.
- 4. Die Einführung der Impfpflicht in Österreich, wenn sie so erfolgen soll, wie es vom Entwurf des CO-VID-19-IG vorgesehen ist, verletzt das Grundrecht aller in den miteinander zu verknüpfenden Registern (Impfregister, Melderegister, Register der anzeigepflichtigen Krankheiten) geführten Personen auf Datenschutz entsprechend § 1 Datenschutzgesetz (DSG) in Verbin-

dung mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

5. Vor dem Hintergrund des inhärenten Zusammenhanges zwischen DSGVO und Europäischer Grundrechtecharta (GRCh) gelangen jedenfalls deren Art 7 (Recht auf Privatleben) und deren Art 8 (Recht auf Datenschutz) im Hinblick auf den Entwurf des COVID-19-IG, sollte dieser in Kraft treten, zur Anwendung und müssen diese aufgrund der ausführlich unterbreiteten Argumente zu Art 8 EMRK und ihrem Zusammenhang mit dem Grundrecht auf Datenschutz als verletzt angesehen werden.

Erläuterungen:

Es drängt sich auf, dass der Schwenk in der Einstellung der österreichischen Regierung und, was die Einführung einer Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen anbelangt, anderer Staaten zur Einführung einer Covid-19 Impfpflicht durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) im Fall Vavřička und andere gegen die Tschechische Republik (Beschwerdenummern 47612/13, 73094/14, 19298/15, 19306/15 und 43883/15) vom 8. April 2021 (im Folgenden kurz: Urteil Vavřička) hervorgerufen wurde.

Es ist keineswegs so, dass dieses jüngst ergangene Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Zusammenhang mit einer in Tschechien verhängten Impfpflicht die Vorgehensweise in Österreich legitimiert. Dieses Urteil hat



sich auf eine Impfpflicht mit jahrzehntelang erprobten Impfstoffen gegen ebenfalls altbekannte Krankheiten wie Mumps oder Röteln bezogen. Also auf Impfstoffe, die nachweislich eine sterile Immunität bieten und den gewünschten Effekt der Unterbrechung der Infektionsketten und damit verbundenen Eindämmung der Krankheiten auch tatsächlich bewirken.

Bei den Covid-Impfstoffen ist die Lage jedoch gänzlich anders. Die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA lässt in den Zulassungsdokumenten immer noch entscheidende Daten vermissen, was die Wirkung und Nebenwirkungen der Impfstoffe betrifft. Manche davon werden erst im Laufe der nächsten zwei Jahre vorliegen. Es bestehen daher massive Zweifel an der Eignung der Impfstoffe und an der Verhältnismäßigkeit einer Impfpflicht.

So wurden zwei in Europa nicht für die Verwendung am Menschen zugelassene Inhaltsstoffe, die das Eindringen des Impfstoffs Comirnaty von Pfizer/Biontech in die Körperzellen erleichtern sollen, im Zulassungsverfahren der Europäischen Arzneimittelbehörde (EMA) unter den Tisch gekehrt: Entsprechend den Angaben eines Herstellers dieser Stoffe (Echelon) sind diese Stoffe nicht am oder im Menschen, sondern ausschließlich für Forschungszwecke zu verwenden.

Die behauptete "drohende Überlastungen des Gesundheitssystems" konnte von der Bundesregierung in keiner Weise mit Zahlen und Expertisen belegt werden. Auch für die Behauptungen, die Impfung würde vor schweren und lebensbedrohlichen Verläufen schützen, blieben der Gesundheitsminister und die Regierung jeglichen wissenschaftlichen Nachweis schuldig.

Und dann noch das Resümee zum Datenschutz: "Die Einführung der Impfpflicht in Österreich, wie vom Entwurf des COVID-19-IG vorgesehen, verletzt das Grundrecht aller in den miteinander zu verknüpfenden Registern geführten Personen auf Datenschutz entsprechend § 1 DSG iVm der DSGVO."



Spazieren

Der friedliche Massenpro

Auch am vergangenen Wochenende demonstrierten wieder zigtausende Österreicher in mehr als 30 Städten gegen die Corona-Maßnahmen und den geplanten Impfzwang. Blickfang war natürlich die von der FPÖ mitorganiserte Großdemonstration in Wien mit FPÖ-Chef Herbert Kickl als Hauptredner. Der gab das friedliche, aber lautstarke Motto des Protests vor: "Pfeifen wir die Pfeifen aus!"

Die Veranstaltung in Wien begann um 12.00 Uhr auf dem Heldenplatz, wo sich erneut zehntausende Menschen zum gemeinsamen Protest gegen den schwarz-grünen Corona-Wahnsinn versammelt hatten.

Kickl eröffnete seine Rede mit einer Replik auf "den Nachlassverwalter des Dollfuß-Museums", ÖVP-Innenminister Gerhard Karner, der im Vorfeld die Teilnahme des FPÖ-Chefs an der Demonstration kritisiert hatte: "Der Herr Karner hat mir quasi amtlich bestätigt, dass ich bei dieser Demonstration auf dem Heldenplatz goldrichtig bin."

Impfung als Glaubensbekenntnis

Die Wirkung der Corona-Impfung sei so weit weg von der Re-



und pfeifen gegen den Impfzwang

test gegen den schwarz-grünen Corona-Wahn und den Impfzwang hält landesweit an

alität wie Hobby-Boxer Karl Nehammer von einem Weltmeisterschaftskampf, kritisierte Kickl die "Retter-Ambitionen" des amtierenden ÖVP-Bundeskanzlers. Denn die wahren Schwurbler würden im Bundeskanzleramt und in den Ministerien sitzen, weil sie die Alternativlosigkeit der Impfung zu einem Glaubensbekenntnis überhöht hätten. Und er kritisierte die täglichen Massentestungen, weil diese "eine statistische Epidemie" erzeugen würden, die es in Wirklichkeit gar nicht gäbe. Denn selbst die "höchstansteckende Omikron-Variante" schaffe es gerade einmal, dass maximal zwei bis vier Prozent der mehr als 500.000 täglichen Tests positiv ausfallen.

Pfeifkonzert gegen Impfzwang

Das Volk zu vertreten, sei etwas völlig anderes als "das Volk zu treten", mahnte Kickl in Richtung der Impfzwang-Verfechter bei ÖVP. Grünen, SPÖ und Neos. "Pfeifen wir diese Pfeifen aus!", rief er den Demonstranten zu, die daraufhin ein schrilles Pfeifkonzert in Richtung des gegenüberliegenden Bundeskanzleramtes veranstalteten.

Die gewaltige Lautstärke veranlasste Kickl zu der Bemerkung, dass ÖVP-Kanzler zwar vom Virus genesen sei, dafür jetzt aber einen "Demokratie-Tinnitus" auskurieren dürfe.

Sollte der Impfzwang in irgendeiner Form tatsächlich kommen, gäbe es drei Möglichkeiten, diesen zu verhindern, betonte Kickl: "Wir legen die Verwaltung mit Einsprüchen lahm, das ist unser gutes Recht. Oder der Verfassungsgerichtshof wird endlich wach. Oder es gibt Neuwahlen."

Üdo Landbauer, Chef der FPÖ Niederösterreich, hat in seiner Rede am Heldenplatz prophezeit: "Die Medien haben die Bilder bereits vorgezeichnet. Egal, wie friedlich alles abläuft – sie werden ein Haar in der Suppe finden." Wie recht er hatte, zeigten dann die Schlagzeilen in den von der Regierung offensichtlich "geimpften" Medien am Sonntag: "Falsche Polizisten unter den Demonstranten" (ORF), "Hitler-Gruß, NS-Plakat – Nazi-Eklat bei Corona-Demo" (Heute), "Kickl stellt sich immer mehr ins Corona-Abseits" (Kronen Zeitung).

Landesweite Protestwelle

Wer sich nicht selbst ein Bild von der Kundgebung machen konnte und nur die Schlagzeilen konsumierte, bekam also ein völlig falsches Bild von der Veranstaltung in Wien. Dabei sprach sogar die Polizei von einer der friedlichsten Kundgebungen überhaupt – trotz des massiven Einsatzes und der unzähligen Verwaltungsstrafen wegen Verstoßes gegen die "Maskenpflicht im Freien".

Wie in Wien forderten tausende Bürger tags darauf auch in den Landeshauptstädten Graz, St. Pölten, Innsbruck, Linz, Salzburg und Bregenz sowie in mehr als 30 Städten und Gemeinden ihre "Freiheit und Grundrechte" ein.

Schwarz-Grün hat eines geschafft: Sie haben die bisher größte Bürgerbewegung Österreichs mobilisiert – aber gegen sich.



6 Parlament Neue Freie Zeitung



Norbert Nemeth Klubdirektor der FPÖ

In der vergangenen Woche eröffnete der Bundespräsident den sogenannten "Klimarat". Das ist ein Gremium aus einhundert angeblich zufällig ausgewählten Bürgern, die Vorschläge zur Klima-Politik machen sollen. Bemerkenswert ist, dass der Bundespräsident schon bei der Eröffnung wert auf die Feststellung legte, dass sich die Politik an die Ratschläge dieses Rates zu halten habe. Warum soll das so sein?

Die neue Räterepublik

Dieser Rat ist in keiner Weise demokratisch legitimiert, somit ein weiterer Schritt in Richtung Entdemokratisierung. In einer Demokratie erzeugen die gewählten Mandatare jene Normen, die die Regierung zu vollziehen hat. Dass der "Klimarat" von den Regierungsparteien samt SPÖ und Neos beschlossen wurde, schließt diese Legitimitäts-Lücke nicht, sondern beweist, dass diese nicht begreifen, wie sich das Parlament damit selbst peu à peu entmachtet.

Oder steht gar ein Plan dahinter? Fakt ist, dass die Parlamente Europas Symbole des guten, alten, nationalstaatlich strukturierten Europa sind. Das passt aber nicht in das Bild jener, die einen EU-Superstaat schaffen wollen, wofür man die nationalen Parlamente abschaffen muss. Das wäre zu auffällig. Eine schleichende Entmachtung hingegen fällt nicht auf. Schon gar nicht, wenn diese auf einen sogenannten "Bürgerrat" umverteilt wird - oder auf NGOs im grünen Mainstream. Werden sie dann statt den Parteien im Parlament sitzen?

Besser wäre es, Volksbegehren nicht permanent zu schubladisieren, sondern die Direkte Demokratie auszubauen. Detaillierte Vorschläge dazu haben wir schon vor Jahren vorgelegt.

JUSTIZPOLITIK

Volle Grund- und Freiheitsrechte

Die FPÖ fordert von der Bundesregierung eine Evaluierung aller bestehenden gesetzlichen Maßnahmen, die die Grund- und Freiheitsrechte beschränken, sowie die Aufhebung von überschießenden Maßnahmen. Denn es komme seit Jahren in immer kürzeren Abständen "mit Begründungen wie Terrorismusprävention, Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Pandemiebekämpfung" zur Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten .



SOZIAI POLITIK

Maßnahmen beenden

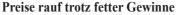
In einem Entschließungsantrag hat die FPÖ im Sozialausschuss nicht nur die rasche Umsetzung ihres "Plan B", sondern auch das sofortige Außerkrafttreten des COVID-19-Maßnahmengesetzes, die Aufhebung des "Lockdown für Ungeimpfte" sowie ein Diskriminierungsverbot für Ungeimpfte gefordert.

Nach Strom wird jetzt auch Gas erheblich teurer

SPÖ und ÖVP winken Preiserhöhung in der Ostregion durch

In Niederösterreich sowie in Wien und dem Burgenland erhöhen die Landesenergieversorger die Gaspreise für Haushalte um elf bis 21 Euro pro Monat. Die Koalition schweigt.

Die "Energie Allianz", die Landesenergieversorger des Burgenlands, Niederösterreichs und Wiens, erhöhen nach den Strompreisen jetzt auch die Gaspreise empfindlich. Für Haushaltskunden mit einem jährlichen Gasverbrauch zwischen 8.000 und 15.000 Kilowattstunden (kWh) bedeutet das monatliche Mehrkosten in Höhe von elf bis 21 Euro.



"Und das, obwohl die Inflation in Österreich – vor allem getrieben



Kickl: Soziale Kälte der Koalition gegenüber den Österreichern.

von explodierenden Energiekosten
– ohnehin auf Rekordniveau liegt.
Das ist soziale Kälte in Reinkultur,
die hier von ÖVP, SPÖ und Grü-

nen geduldet wird", empörte sich FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl. Die schwarz-grüne Regierung beschäftige sich offensichtlich lieber mit der Spaltung der Gesellschaft und dem Ausbau ihres Zwangsregimes, als sich der sozialen Probleme anzunehmen.

Diese Preissteigerungen seien absolut unverständlich, wenn man sich die satten Gewinne der Versorger ansieht: Die börsennotierte EVN in Niederösterreich habe im Vorjahr ihren Nettogewinn um zwei Drittel steigern können, erinnerte der FPÖ-Chef: "Aber auch abseits der Energiepreise wird das Leben für die Österreicher immer teurer, weshalb wir Freiheitlichen erneut die Einführung eines "Covid-19-Warenkorbes" für Güter des täglichen Bedarfs einmahnen."

"Klimarat": Gewesslers teurer PR-Gag

Am Dienstag letzter Woche verkündete die grüne Klimaschutzministerin Leonore Gewessler zusammen mit Bundespräsident Alexander



Van der Bellen offiziell den Start des ersten "Klimarates", eines Gremiums von 100 ausgewählten Bürgern, das als "Klimaschutz"-Feigenblatt der Koalition herhalten soll.

Als ungeheuer teures Feigenblatt, wie FPÖ-Umweltsprecher Walter Rauch (Bild) über eine Anfrage an die grüne Ministerin in Erfahrung brachte. Allein das – kuriose – Auswahlverfahren der Statistik Austria verursachte Kosten in der Höhe von 41.295 Euro. Dazu kommen sechsstellige Beträge, die für Anreisen, Nächtigungen und Aufwandsentschädigungen der Teilnehmer des Klimarates an den sechs geplanten

Tagungs-Wochenenden anfallen werden.

"Welche zusätzlichen Kosten durch die Organisation, die Prozessbegleitung und die Moderation entstehen, soll nun eine weitere Anfrage an die Ministerin klären", kündigte Rauch an. Die Freiheitlichen haben dieses Gremium von Anfang an abgelehnt, da die beratenden Personen keine demokratische Legitimation hätten und mit diesem Klimarat eigentlich nur Steuergeld verschwendet werde: "Hier wird ein Jubel-Gremium mit Bürgern vorgeführt, wie man es bisher aus China oder Nordkorea kannte."

OVP kapituliert vor Illegalen und Schleppern

Grenzenlose Schikanen gegenüber Bürgern, aber ignorant gegenüber Schlepperkriminialität

VP-Innenminister Gerhard Karner prahlt mit Zahlen-Superlativen bei den Schikanen gegenüber den Bürgern, aber ignoriert die zunehmende Schlepperkriminalität und die damit dramatisch ansteigenden Zahlen bei der illegalen Einwanderung.

Zu welchen Mitteln die Schlepper bereits greifen, um ihre "Kunden" ins Land zu bringen, offenbarte sich letzten Montag an der österreichisch-ungarischen Grenze bei Güssing: Ein gestoppter Schlepper eröffnete mit einer Pistole das Feuer auf die kontrollierenden Bundessheersoldaten, um seinen zwölf afghanischen Schützlingen die Überquerung der Staatsgrenze nach Österreich zu ermöglichen.

"Im Kampf gegen die illegale Einwanderung wäre die kompromisslose Entschlossenheit, mit der Karner gegen die eigenen Bürger vorgeht, tatsächlich angebracht", FPÖ-Sicherheitskommentierte sprecher Hannes Amesbauer diesen Vorfall und die Warnungen zu ungebremster illegaler Einwanderung von Brigadier Gerald Tatzgern, dem Leiter der Schlepperbekämpfung des Bundeskriminalamts.

ÖVP will "offene Grenzen"

Dieser habe die Einträglichkeit der Schlepperei anhand der vorjährigen Asylwerberzahlen vorgerechnet: Zwischen 200 und 600 Millionen Euro hätten die Schlepper nur mit den 40.000 im Vorjahr aufgegriffenen illegalen Migranten allein in Österreich verdient.

Dem "Lösungsvorschlag" des Innenministerium, den Tatzgern dazu vorlegte, nämlich - ähnlich wie die hilflose EU-Kommission - "legale Migrationswege" zu schaffen, konnte der freiheitliche Sicherheitssprecher nichts abgewinnen: "Das wäre eine völlige



Hannes Amesbauer: ÖVP kapituliert vor der Masseneinwanderung.

Kapitulation unseres Landes vor der organisierten Kriminalität und würde einen Migranten-Ansturm wie 2015/2016 auslösen. Das darf auf gar keinen Fall passieren!"

Die ÖVP hat im Wahlkampf eine restriktive Asyl- und Migrationspo-

RURGENI AND

KÄRNTEN

litik versprochen, erinnerte Amesbauer, aber Karner und Amtsvorgänger Nehammer haben ihren Wählern und den Österreichern aber alljährlich neue Rekordzahlen bei illegaler Einwanderung und Asylwerbern eingestehen müssen.

Offentlich-rechtlicher Regierungslautsprecher

Dem ORF ist das Vorgehen der Exekutive bei den Demonstrationen anscheinend zu inkonsequent, weshalb eine ORF-Redakteurin von Innenminister Stasi-Methoden einforderte.

"Es gibt immer wieder Polizisten, Gewerkschafter, die auf den Corona-Demos mitgehen. Wir haben Polizisten gesehen, die lachend Fotos mit Corona-Demonstranten machen und auch diesen Brief, den es gestern gegeben hat. Was tun sie mit diesen Polizisten, die Sympathien für Verschwörungstheorien, Coronaleugner, etc. haben?", versuchte ORF-Journalistin Simone Stribl dem Innenminister eine härtere Vorgangsweise nahezulegen.

"Wenn eine ORF-Redakteurin hunderttausende Österreicher und explizit Polizisten, die in ihrer Freizeit auf Demonstrationen von ihrem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen, in einer der Regierungspropaganda gleichen Wortwahl diffamiert. hat das mit kritischem Journalismus nichts zu tun", empörte sich



Hafenecker: ORF spielt Stasi.

FPÖ-Mediensprecher Christian Hafenecker.

Damit zeige sich einmal mehr, so Hafenecker, dass ein Andienen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an die Regierung wohl erst dann aufhört, wenn die Zwangsgebühren abgeschafft sind und man sich auch in den ORF-Redaktionen dem freien Markt stellen müsse: "Dann würde der ORF vielleicht auch die Regierungs-Narrative kritisch hinterfragen, wie es immer größere Teile der Bevölkerung tun, anstatt als Lautsprecher des Kanzlers zu fungieren." - Aber parallel zur Einführung der Impfpflicht wird die GIS erhöht. Weshalb wohl?



Sonntag, 23. Jänner

11:45 Uhr: Wien 1 (Goethe-Denkmal): Demo und Marsch zum Heldenplatz 12:00 Uhr: Schärding (Stadtbad): "Schärding und Braunau für die Freiheit" **OBERÖSTERREICH**

13:00 Uhr: Bad Goisern (Goiserer Brücke): Musikalischer Demo-Marsch

13:00 Uhr: Linz (Hauptplatz): Demo-Spaziergang 13:30 Uhr: Mondsee (Basilika): Spaziergang

14:00 Uhr: Ottensheim (Marktplatz): Spaziergang für Frieden und Freiheit

15:00 Uhr: Eferding (Stadtplatz): Spaziergang 16:00 Uhr: Ried im Innkreis (Hauptplatz): Spaziergang

17:00 Uhr: Wels (Stadplatz): Spaziergang

17:00 Uhr: Braunau (Finanzamt): "Schärding und Braunau für die Freiheit"

18:00 Uhr: Steyr (Stadtplatz/Rathaus): Spaziergang für Grundrechte & Freihei

18:00 Uhr: Pinsdorf (Ortsplatz): Spaziergang zur Vernetzu

13:00 Uhr: Stegersbach (Hauptplatz): Spaziergang

14:00 Uhr: Salzburg (Mozartplatz): Kundgebung und Marsch SALZBURG NIEDERÖSTERREICH

15:00 Uhr: Pöchlarn (Nibelungendenkmal): Mahnwache

17:00 Uhr: Gloggnitz (Stadtgemeinde): Lichtergang 17:00 Uhr: Oberwölbling (beim Prangermann): Spaziergang

18:00 Uhr: Mank (Stadtpark): Spaziergang

17:00 Uhr: St. Veit an der Glan (Hauptplatz): Spaziergang 17.00 Uhr: Völkermarkt (Unterer Hauptplatz): Spaziergang

STEIFRMARK 18:00 Uhr: Gleisdorf (Hauptplatz): Fackelzud

Weitere Termine in der kommenden Woche finden Sie auf: www.fpoe.at/demokalender

8 Außenpolitik Neue Freie Zeitung

TEAM ROTAWESS-ROT

FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Harald Vilimsky

Migration: Koalition der Unwilligen

In der EU wurden seit 2015 rund 5,5 Millionen Asylanträge gestellt, mehr als zwei Millionen allein in Deutschland. Heuer wurden zwei Drittel aller Asylanträge in der EU mangels Schutzanspruch abgelehnt. Kein Flüchtlingsstatus, kein subsidiärer Schutz, kein Recht, hier zu sein. Wir haben in Europa eine Masseneinwanderung unter Missbrauch des Asylrechts.

Der neuen deutschen Ampelkoalition ist das aber noch nicht genug. Innenministerin Nancy Faeser von der SPD will auf EU-Ebene "aufnahmebereite Mitgliedsstaaten" suchen und eine "Koalition der Willigen" schmieden. Ziel: noch mehr Asyl-Einwanderung. Man könnte sie auch "Koalition der Unwilligen" nennen – all jener nämlich, die nach dem Vorbild Deutschlands dem steten Zustrom von Migranten in die EU, die mehrheitlich keinen Schutzanspruch haben, keinen Einhalt gebieten.

Dass gerade CDU und CSU jetzt davor warnen, wirkt wenig glaubwürdig. Immerhin war es eine CDU-Kanzlerin, die Deutschland und die EU für Massenmigration geöffnet hat.

"Das wird Europa auf Dauer zerstören", sagt ein CSU-Kollege im Europaparlament zu Faesers Ideen. Da hat er recht, aber man fragt sich, wo diese Stimmen waren, als Merkel noch Kanzlerin war?

Eines bleibt zu hoffen: Dass Deutschland in seinem Drang zur Selbstzerstörung über Migration alleine bleibt.

AfD und FPÖ wollen enger zusammenarbeiten

Die "Alternative für Deutschland" (AfD) und die FPÖ wollen künftig enger zusammenarbeiten. Die AfD könne von den Erkenntnissen der FPÖ, die eine "deutlich erfahrenere" Partei sei, viel lernen, erklärte deren Fraktionschefin Alice Weidel nach einer Klausur des AfD-Fraktionsvorstands vergangenen Samstag in Berlin, an der auch eine FPÖ-Delegation teilnahm.

FPÖ-Klubobmannstellvertreter Peter Wurm betonte, dass die Freiheitlichen ihren Kollegen von der AfD "unterstützend mithelfen" werden, damit diese den in Österreich erfolgreichen Kurs auch in Deutschland umsetzen könne. "Wir verstehen uns beide als freiheitliche Parteien", bemerkte Weidel dazu.

Weidel und Wurm wiesen auf die vielen Übereinstimmungen ihrer Parteien hin, nicht zuletzt in der Corona-Politik. "Gerade in Zeiten von Corona ist es wichtig, dass die vernünftigen Kräfte zusammenhalten", erklärte Wurm. In der Pandemie-Politik stünden AfD und FPÖ für einen "freiheitlichen Bestimmungskurs", der sich gegen jegliche Impfpflichten wende. Während der Impfzwang in Österreich bereits diese Woche beschlossen werden soll, wird diese Maßnahme von der neuen deutschen Ampel-Koalition gerade diskutiert.

Weidel kündigte an, dass eine Delegation ihrer Fraktion im Frühjahr zu einem Besuch der FPÖ nach Wien reisen werde.



Alice Weidel und Peter Wurm.

Berlins Grüne im D "Klimakrise" in die

Grüner "Superminister" Habeck rätselt über die U



Deutschlands grüne Windträumereien sind hart in der Realität gelandet: D weltschützer und Anrainer gegen die Errichtung dieser Anlagen Klagen ei

Deutschlands Grüne sind nun an der Macht und wollen ihr ehrgeiziges Ziel der "Klimaneutralität" umsetzen. Vorantreiben soll das ihr Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck. Der bekannte sich zwar klar zu den Zielen dieser Politik, aber an die Mittel zur Umsetzung scheint er noch nicht gedacht zu haben.

Große Erwartungen setzten Deutschlands "Klimakrise"-Mahner in den Medien bereits vor der Bundestagswahl in ihren Liebling, die männliche Hälfte der grünen Doppelspitze, Robert Habeck.

Aber leider reproduzierte der gute Mann bei seinem ersten großen Auftritt die gleichen Mahn- und Ankündigungsfloskeln seiner Vorgänger. Es brauche "deutlich größere Anstrengungen" im Klimaschutz. Deutschland drohe seine Ziele "deutlich" zu verfehlen, der Trend gehe "in die falsche Richtung".

Klimaneutral ins Blackout?

Das Land müsse nun "effizienter und schneller" im Kampf gegen den Klimawandel werden und: "Wir müssen dreimal besser sein in allen Bereichen."

Mit dreimal besser meinte er aber nur die Absenkung der Emissionen, um das irreale Ziel der Koalition, bis 2030 "klimaneutral" zu sein, zu erreichen.

Im letzten Jahrzehnt sanken nämlich die Emissionen im Durchschnitt jährlich um 15 Millionen Tonnen. Für die "Klimaneutralität" müssten sie bis 2030 daher um 36 bis 41 Millionen Tonnen pro Jahr sinken. Nur wie?

Beispiel Stromerzeugung: Aus der demnächst "grünen Kernenergie" ist Deutschland bis auf die letzten drei AKW mit 4,5 GW ausgestiegen. Diese sollen ab nächstem Jahr stillgelegt werden. Damit sind unter dem Beifall der Medien in nur zehn Jahren etwa 25 Prozent der deutschen Stromerzeugung und mehr als 50 Milliarden Euro an Anlagenwert vernichtet worden.

Strom, woher?

Bis 2030, also in acht Jahren, sollen dann auch alle Kohlekraft-werke abgeschalten werden, womit noch einmal 26 Prozent Erzeugungskapazität wegfallen. Dann hat es Deutschland endlich geschafft, die Hälfte seiner Stromerzeugungskapazität und 80 Prozent seiner grundlastfähigen Stromerzeuger los zu werden.

Um das mit "nachhaltiger Produktion" aufzufangen, müsste man von heute an bis 2030 jeden Tag

ilemma: Von der Klimaschützerkrise

msetzung der grünen Klimaschutzvorgaben



er Bau von knapp 300 Windenenergieanlagen steht derzeit still, weil Umngereicht haben.

zehn Windräder und 5.000 Solardächer installieren, nur um die Lücke in der Nominalleistung durch Abschaltung der "schmutzigen" Kraftwerke zu füllen. Da ist der steigende Strombedarf und der Saft für die erwarteten 15 Millionen E-Autos bis 2030 noch gar nicht miteingerechnet.

Da aber Wind und Sonne immer noch machen, was sie wollen, müssen Gaskraftwerke gebaut werden, hat Habeck zähneknirschend eingestanden. Das heißt, es müssen



Habeck: In den Mühen der Umsetzungsebene angekommen.

bis 2030 mindestens 100 mittlere Gaskraftwerke von je 300 MW errichtet werden – also von heute an mindestens zwölf Gaskraftwerke pro Jahr.

Nur braucht so ein Gaskraftwerksprojekt fünf bis acht Jahre bis zum Produktionsstart – wenn die Finanzierung steht. Aber dann werden diese nicht rentabel sein, da sie nur produzieren dürfen, wenn der Wind nicht weht. Dazu kommt erschwerend, dass sich der Gaspreis seit Juni 2020 verdoppelt hat.

Ein Euro pro Kilowattstunde?

In der Rechnung fehlt auch noch die Umstellung bei Industrie und Verkehr auf grünen Wasserstoff. Für dessen Erzeugung braucht man entweder auf jedem Quadratkilometer der Bundesrepublik ein Windrad plus noch nicht erfundene Speicher – oder zusätzlich noch einmal 150 Gaskraftwerke.

Der Großversorger E.ON hat seinen Kunden gerade 65 Cent/kWh für "grüne Energie" in Rechnung gestellt, ein Schnäppchen. Die Kilowattstunde Strom wird, so Expertenschätzungen, nach Vollendung des Atom- und Kohleausstiegs wohl um einen Euro kosten – und die Herstellung einer Kilowattstunde aus grünem Wasserstoffs für die Industrie dann so um vier Euro.

KURZ UND BÜNDIG



Kohlestrom legte zu

Schlechte Nachrichten für die Klimaschützer: Die weltweite Stromproduktion hat 2021 wegen der zusäzlich produzierten 1.500 TWh – das 150-fache des österreichischen Stromverbrauchs – mehr CO2 ausgestoßen als je zuvor. Aufgrund der hohen Gaspreise wurde ein Teil der Stromproduktion von Gas- auf Kohlekraftwerke umgestellt. Daher wuchs die Stromproduktion aus Kohle um neun Prozent wie auch der CO2-Ausstoß um sieben Prozent auf ein Rekordniveau, berichtete die Internationale Energieagentur (IEA).

Aufgrund des steigenden Verbrauchs dürften 2024 immer noch 34 Prozent des weltweiten Stroms aus der Verbrennung von Kohle gewonnen werden.

Bürokratiemonster verhindern

"Der bisherige Vorschlag zur Eurovignette ist aus meiner Sicht keineswegs praxistauglich. Neuverhandlungen zur Eurovignette sind unumgänglich", stellte der freiheitliche Europaparlamentarier Roman Haider angesichts der Verhandlungen zur neuen "Wegekostenrichtlinie" im Verkehrsausschuss des Europaparlaments fest. Die vielen Ausnahmeregelungen würden die Eurovignette zu einem Bürokratiemonster ohne wesentliche Verbesserungen für den internationalen



Transport machen. "Angesichts dieses Stückwerks hätten wir gleich bei den nationalen Regelungen bleiben können", betonte Haider.

Desinteresse bei Behörden und Medien an "Pfizergate"

Es sind schwerwiegende Vorwürfe, die in der renommierten Fachzeitschrift "British Medical Journal" (BMJ) am 2. November 2021 gegen das Pharmaunternehmen Pfizer erhoben worden und unter der Bezeichnung "Pfizergate" bekanntgeworden sind.

Darin berichtet das BMJ über Unregelmäßigkeiten und Schlampereien in der Durchführung der klinischen Zulassungsstudie für den Covid-19-"Impfstoff" von Pfizer/Biontech, die von der früheren Regionaldirektorin eines der Unternehmen beklagt wurden, die mit der Durchführung der klinischen Studien beauftragt waren.

Demnach sollen Daten gefälscht, Studienteilnehmer entblindet (sie wussten, ob sie Impfstoff oder Placebo erhalten haben), unzureichend geschulte Impfärzte beschäftigt und Nebenwirkungen nur langsam verfolgt worden sein.

Pfizer/Biontech habe, so das BMJ, diese behaupteten Missstände aber im Zulassungsverfahren verschwiegen, obwohl das Unternehmen die Zuverlässigkeit der Daten und ihre korrekte Verarbeitung bei den "Subunternehmen" hätte prüfen und Unregelmäßigkeiten den Zulassssungsbehörden in den USA und in Europa hätte melden müssen.

Immerhin hat ein US-Gericht jetzt entschieden, dass die US-Arzneimittelbehörde FDA die Unterlagen nicht 75 Jahre unter Verschluss halten, sondern pro Monat 55.000 Seiten veröffentlichen muss.



Was hat Pfizer zu verbergen?

10 Leserbriefe Neue Freie Zeitung

Gender-Blüten

In den letzten Tagen wurde vom Amtsantritt und den geplanten Maßnahmen des neuen ORF-Generaldirektors berichtet. Einige sinnvolle Punkte wurden anscheinend schon vollzogen. So haben einzelne "ZiB"-Redakteure bereits den Gender-Rülpser verlernt. Leider ist der mutmaßliche Sprachkurs nicht bis zum Ende konsumiert worden – so wurde am 15. Jänner von Demonstrantinnen und Polizistinnen berichtet, obwohl die mitgelieferten Bilder beiderlei Geschlechter zeigten. Der Ausweg (und empfohlene Inhalt des nächsten ORF-Sprachkurses): Beide Geschlechter nennen (Polizistinnen und Polizisten etc.) oder das generische Maskulinum verwenden aber das ist wohl zu hoch für einen Sender mit gesetzlichem Bildungsauftrag...

Reinhard Koller, Mödling

Unfähige Regierung

Welchen Erfolg hat die Regierung durch ihre Schikanen gegen das gesunde Volk bisher im Kampf gegen Corona zu verzeichnen? Viele Milliarden Schulden, ein gespaltenes Volk, hunderttausende Menschen mit Angstpsychosen, kranke Kinder, Millionen Übergewichtige und kranke Menschen durch das "Wegsperren", hunderttausende Arbeitslose, die derzeit noch durch Tricks ebenso wie tausende Konkurse kaschiert und verschleppt werden. Die große Katastrophe ist geplant und kommt sicher, denn diese Regierung ist nicht lernfähig, sie ist auf einem völlig falschen Kurs, müsste das schon längst sehen, aber gibt weiter Vollgas. Im Volk gärt es bereits. Aber auch bei den "Geimpften", denn immer mehr von ihnen erkennen, dass sie jetzt zwei Jahre von der Regierung belogen wurden. Die Regierung wird dafür ihre Rechnung bekommen - wenn sie nicht schnell zurückrudert und alle Corona-Schikanen aufhebt.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Bezahlte Medien

Derzeit laufen zwei Volksbegehren in Österreich, zum einen das Volksbegehren "Impfpflicht nein" und zum anderen das Volksbegehren "Rücktritt der Bundesregierung". Beide Volksbegehren wurden von einem überwiegenden Teil

LESER AM WORT

der Printmedien und dem ORF aus Gefälligkeit gegenüber der türkis/ grünen Bundesregierung nicht publiziert. Da kommt wohl der begründete Verdacht auf, dass dieses undemokratische Verhalten einen Grund haben muss. Scheinbar steht der Großteil der medialen Landschaft unter ÖVP-Kuratel. Man muß sich ja unbedingt als dankbar gegenüber der Regierung erweisen, für die außerordentlichen großzügigen Presseförderungen. Es gibt jedoch noch einige seriöse Medien wie zum Beispiel den Sender "ServusTV", der sich von der Regierung nicht medial verbiegen lässt. Als Strafe dafür wird er beim Presserat angepatzt und zu guter Letzt bei der Presseförderung ausgegrenzt.

Franz Vorderwinkler, Ferschnitz



Geduldeter Gesetzesbruch

Linke Aktivisten haben seit Monaten Grundstücke für die vorgesehene Stadtstraße besetzt und behindern damit den Bau dieser notwendigen Verbindung. Illegal wurden Bauten jedweder Art errichtet. Jeder Häuslbauer, der ein bewohnbares Haus erbauen will, benötigt dazu einen Bauplan, der der Baupolizei vorzulegen ist. Ebenfalls auch einen Statiker und anderes Notwendige ebenfalls. Errichtet wurde auch eine Küche mit Herd. Dazu ist eine feuerpolizeiliche Überprüfung erforderlich. Ebenso muss der Abfall entsorgt werden. Sicherlich liegen all diese Bewilligungen und genehmigte Auflagen nicht vor. Von wo bekommen die Besetzer das Wasser zum Waschen, zum Kochen und vielleicht auch für das WC? Wurde das genehmigt, oder ist dies auch illegal? Wer bezahlt die Gebühren für das Wasser und die Müllentsorgung? Sicherlich nicht die Besetzer, sondern höchstwahrscheinlich wir, die Steuerzahler. Wer bezahlt den Ausfall der beauftragten Firmen? Wer bezahlt entfallene Löhne und Abgaben? Wieder wahrscheinlich der Steuerzahler. Wann gedenkt die Stadt Wien endlich mit diesem Unfug aufzuräumen und die Besetzer zu entfernen? Hier liegen schwere Versäumnisse der Verantwortlichen der Stadt Wien vor, allen voran von Stadträtin Ulli Sima. Eigentlich sollte man wegen der Nichtbeachtung der Gesetze rechtlich gegen die Verantwortlichen vorgehen, vor allem wegen der groben Versäumnisse. Wann wird das geschehen?

Hubert Rogelböck, Wien

Unbedachte Folge

Während der Französischen Revolution hatte Danton so eine Vorahnung, dass die Revolution ihre eigenen Kinder frisst. Umgemünzt auf die heutigen Corona-Zeiten trifft das auf die Kantine des Gesundheitsministeriums zu. Wegen Homeoffice und 2G-Kontrollen droht dort den Beamten und Zuarbeitern des Ministers Mückstein bald das Ende angenehmer warmer Mahlzeiten. Zu wenig zahlende Gäste bedeuten ein Verlustgeschäft.

Helwig Leibinger, Wien



Weg mit Nehammer!

Kanzler Nehammer hatte nach eigenen Angaben keine Symptome. Dann ist er auch nicht erkrankt, trotz positivem Test. Er will nicht zugeben, dass diese Impfung "für den Hugo ist". Trotz anhaltender Proteste soll die Impfpflicht kommen. Wer solche faschistischen Ideen wie eine Impfpflicht im Kopf hat, der gehört sofort abgewählt.

Ernst Pitlik, Wien

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue	~ e	e

BESTELLSCHEIN

ı	ch	bestelle die	Wochenzeitung	"Neue	Freie 2	Zeitung"	ʻ zum	(zutref	fendes	bitte a	ankre	uzen):

- O Halbiahrespreis € 15.-
- O Jahrespreis € 30.-
- O Jahrespreis zum Seniorentarif € 20.-

- O Auslandsjahresbezug € 73,-
- O Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT41 1200 0006 0257 4105

bestellurigeri auch per E-iviai	i. andreas.scriben@ipoe.a			
Name:(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)		Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*:		
Anschrift:(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnumme				
Datum:	Geburtsdatum: _	Unterschrift:		
Bitte geben Sie uns für Rück	fragen Ihre E-Mail oder Tele	efonnummer bekannt**:		

- Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden
- ** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.



OVP-Mandatar wechselt wegen Impfzwang zur FPÖ

Wolfgang Kieslich: Mit dem Impfzwang wurde eine rote Linie überschritten

Per Wiener Gemeinderat und langjährige Simmeringer ÖVP-Bezirksobmann Wolfgang Kieslich ist zur Wiener FPÖ gewechselt. Seine Begründung: Die Einführung des Impfzwangs und die Kapitulation der ÖVP vor den Grünen in der Asylpolitik.

"Ich freue mich sehr und heiße Wolfgang Kieslich sehr herzlich in unserer freiheitlichen Mitte willkommen", erklärte FPÖ-Landesparteiobmann Dominik Nepp. Man habe seit geraumer Zeit ein heftiges Rumoren in der türkisen Partei bemerkt. Spätestens seit der Abstimmung über den FPÖ-Antrag gegen eine Impfpflicht, bei dem acht ÖVP-Abgeordnete den Saal verlassen haben, seien die Brüche in der Partei offen zu sehen gewesen.

ÖVP hat jedes Profil abgelegt

Kieslich betonte, dass ihm der Schritt, nach "über einem Vier-



Nepp und Krauss mit dem neuen FPÖ-Abgeordneten Kieslich (Mitte).

teljahrhundert die österreichische Volkspartei zu verlassen", nicht leicht gefallen sei: "Die ÖVP hat sich aber von ihrer Position als Mitte-Rechts-Partei verabschiedet und sich zu einer .reinen Mitte-Partei' ohne Kanten und ohne iedes Profil gewandelt."

Ausschlaggebend für den Wechsel waren für den langjährigen Simmeringer ÖVP-Bezirksobmann die Verbote rund um die Corona-Pandemie mit dem Impfzwang als nunmehrigem Höhepunkt sowie die Untätigkeit der Partei gegen die explosionsartig wachsende illegale Einwanderung im letzten Jahr.

"Und deshalb wechsle ich zu jener Partei, bei der ich meine Werte und meine politischen Anschauungen wiederfinde, zur Freiheitlichen Partei Österreichs, die ab sofort meine politische Heimat ist", erklärte der Neo-Freiheitliche.

WIENER SPAZIERGÄNGE



Ich bin draufgekommen, dass es sich lohnt, hie und da am Karmelitermarkt einkaufen zu gehen. Einer der Standler wickelt seine Sachen nämlich gern in alte Kronenzeitungen ein, und da hab ich vorige Woche einige Blicke auf mein Apfel-Stanitzl geworfen.

Fundsachen

Zuerst hab ich unter den sorgfältig ausgesuchten oder vielleicht auch sorgfältig selber geschriebenen Leserbriefen eine Anzahl an Schimpfwörtern gefunden. Zur Auswahl stand da "primitiv", "beleidigend", "untergriffig", "unsachlich", "grauslich", "gefährlich", "unerträglich". Und wer ist das alles? Natürlich der

Für die Kronenzeitung ist Herr Kickl ja der Leibhaftige, der Satan, der Mephisto in Person. Und ein paar einschlägige Beiträge im sogenannten "Freien Wort" können da nicht schaden. Das Blatt ist eben objektiv.

Aber auch Heiteres war zu finden. Einer der Artikel am selben Tag ist übergetitelt mit den Worten "Tanner warnt Rußland". Und da hab ich mir sofort den Putin vorgestellt, wie er jetzt angstschlotternd in seinem Zimmerchen sitzt und drüber sinniert, wie er der Gefahr entgehen könnte.

Also wenn schon keine Chats aus dem Regierungsdunstkreis auftauchen, dann wenigstens humoristische Beiträge.

Brandanschlag der "Antifa(schisten)"

Eine umgehende "Aktion scharf" und ein Verbot der linksradikalen "Antifa" fordert der FPÖ-Bezirksparteiobmann von Wien-Mariahilf, Leo Kohlbauer. Der Forderung vorausgangen war ein Brandanschlag auf das Haus einer akademischen Studentenverbindung in der Gumpendorfer Straße sowie die gezielte Beschädigung mehrerer dort geparkter Autos.

"Dieses brutale Attentat zeigt einmal mehr, dass Gewalt, Hass und Straftaten nicht bei friedlichen patriotischen Demonstranten, sondern in der linksradikalen Szene rund um die extremistische .Antifaschistische Aktion' zu finden sind", erklärte Kohlbauer und kriti-

sierte den laschen Umgang mit diesen Straftätern durch Medien, Polizei und Regierung.

Der Anschlag in dicht besiedeltem Wohngebiet müsste für den Innenminister ein Weckruf sein, denn die verwendeten Brandsätze und Wurfgeschoße hätten grösseren Schaden anrichten können, wenn das Feuer auf die umliegenden Zinshäuser übergegriffen hätte, erklärte Kohlbauer und kündigte nach dieser Gewalteskapade eine Resolution in der Bezirksvertretung an: "Bei einer derartigen Gefährdung der Mariahilfer Bevölkerung durch linksextreme Straftäter sollte auch der Bezirksvorsteher nicht untätig bleiben."



Kohlbauer: Polizei muss endlich gegen die "Antifa" vorgehen.

12 Länder Neue Freie Zeitung

BURGENLAND 🌌



Vernachlässigte Grenze

"Nur weil das Burgenland keinen schwarzen oder türkisen Landeshauptmann hat, scheint es den ÖVP-Regierungsgranden egal zu sein, dass seit Beginn der Pandemie Illegale massenhaft, einreisen' und das Geschäft der kriminellen Schlepper blüht", kritisierte der FPÖ-Bezirksparteiobmann von Güssing, Michael Gmeindl. Diese Vernachlässigung durch das Innenministerium habe auch dazu geführt, dass die Schlepper immer brutaler vorgehen, wie zuletzt die Schüsse auf Bundesheer-Soldaten gezeigt hätten.

OBERÖSTERREICH



Antigen-Tests zulassen

"Eine Wiederzulassung der Wohnzimmertests (Antigen-Schnelltest) als gültiger ,3G-Nachweis' ist dringend geboten. um die steigende



Herwig Mahr

Testanzahl bewältigen zu können", kündigte FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag mit dem Koalitionspartner ÖVP an die Bundesregierung in Wien an.

VORARLBERG 🌌



Test-Chaos an Schulen

Für die freiheitliche Bildungssprecherin im Vorarlberger Landtag, Andrea Kerbleder, stellte das Test-Chaos an Vorarlbergs Schulen die jüngste Posse im Missmanagement der schwarz-grünen Bundesregierung im Bereich der Corona-Politik dar: "Gegen Ende des letzten Jahres hat sich in Sachen Tests bzw. der Testauswertung an unseren Schulen endlich alles eingespielt, doch wegen Verfahrensmängeln bei der Testausschreibung musste neu ausgeschrieben werden." Es müsse seitens der Landes- und Bundesregierung endlich alles daran gesetzt werden, das Corona-Management in den Bildungseinrichtungen so zu gestalten, dass ein Präsenzunterricht nicht gefährdet werde. Das Chaos müsse schnellstmöglich beendet werden, um den Bildungsfortschritt der Kinder und Jugendlichen sicherzustellen.

Strom und Gas drohen zu Luxusgütern zu werden

FPÖ-Kritik an utopischen Maßnahmen zum Klimaschutz

Veltweit ist die Nachfrage nach Energie gestiegen. Deswegen und wegen erhöhter Energiesteuern werden Strom und Gas in Österreich zum Luxusgut.

"Unter dem Deckmantel des Klimaschutzes werden utopische Maßnahmen wie die E-Mobilität vorangetrieben", kritisierte der Energiesprecher der oberösterreichischen Freiheitlichen, David Schießl. Dabei werde auf den Umstand vergessen, dass ein Großteil der Bevölkerung sich diese Antriebsart gar nicht leisten könne. Dazu komme, dass bei einer Umstellung auf E-Mobilität der Stromverbrauch in Österreich jährlich um 14 Prozent ansteigen würde.

Negative Folgen der E-Mobilität

Vor dem Hintergrund der scheinbar unaufhaltsam steigenden Energiepreise dürfe das Hauptaugenmerk in Sachen Umweltschutz



Sture Ausrichtung auf E-Mobiltät gefährdet Industrie und Jobs.

nicht starr nur auf die E-Mobilität gelegt werden. Alle Antriebsarten sollten effizient weiterentwickelt und sogenannte E-Fuels eingebunden werden, forderte Schießl. Die hochgepriesene E-Mobilität sei nicht der Weisheit letzter Schluss.

"Es muss auch auf die negativen Begleiterscheinungen der E-Mobilität Bedacht genommen werden", betonte Schießl. Es müsse eine wirtschafts- und standortfreundliche Energiepolitik angestrebt und gewährleistet werden.

KÄRNTEN 🎮



Mangelhafte Test-Struktur

"45 Kinder mussten nach Corona-Infektionen im Kindergarten in Quarantäne. Die Freiheitsbeschränkung für sie könnte mit einem negativen PCR-Test beendet werden", berichtete der Kärntner FPÖ-Landtagsabgeordnete Bürgermeister von Afritz, Max Linder. Aber die von der Gemein-



Kindergarten geschlossen, weil die Bürokratie Tests verhindert.

de organisierten Tests wurden von der Gesundheitsbehörde des Landes blockiert. Die Ursache: Aufgrund von Mängeln im EDV-System könnten bestimmte für die Befreiung notwendige Messdaten von privaten Labors nicht übertragen werden!

"Es ist reine Willkür, wenn die Probenentnahme durch diplomierte Fachkräfte und die Auswertung durch ein zertifiziertes Labor nicht anerkennt werden. Wenn man nach zwei Jahren Pandemie noch immer Mängel im EDV-System hat, kommt das einer Bankrotterklärung gleich", empörte sich Linder.

Jetzt müssen die Kinder und ihre Familien zittern, ob, wann und wo sie einen Termin an den überlasteten Teststraßen des Landes bekommen, kritisierte Linder: "Es ist inakzeptabel, dass Menschen zuhause unnötig eingesperrt werden, weil die Landesregierung nicht imstande ist, ausreichende wohnortnahe Teststrukturen zu schaffen!"





Im Visier linker Anarchisten

Die Tiroler Freiheitlichen wurden erneut Zielscheibe linker Anarchisten, diesmal durch den versuchten Einbruch im freiheitlichen Bürgerservice in der Innsbrucker Anichstraße. Landesparteigeneralsekretär Patrick Haslwanter empörte sich über die steigende politisch motivierte Kriminalität in Tirol und forderte energische Ermittlungen der Exekutive. "Mehr als ein Dutzend Straftaten sind in den letzten zweieinhalb Jahren gegen die Tiroler Freiheitlichen verübt worden. Anscheinend fallen bei den Linken alle Hemmungen und jedes Mittel scheint ihnen recht zu sein."



ÖVP und SPÖ weiter im Angst- und Panik-Modus

Autoritäre Maßnahmen mit Schreckensmeldungen begründet

Zur Durchsetzung ihrer Corona-Maßnahmen setzen ÖVP und SPÖ in Niederösterreich weiter auf Weltuntergangsstimmung und Horrorszenarien.

"ÖVP-Landeshauptfrau-Stellvertreter Stephan Pernkopf und SPÖ-Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig produzieren bewusst Schreckensmeldungen und glauben, dadurch ihre autoritären Maßnahmen rechtfertigen zu können", kritisierte FPÖ-Landesparteiobmann Udo Landbauer.

Dass diese damit mehr Schaden als Nutzen anrichten, sei für

Schwarz und Rot in St. Pölten nur nebensächlich. Und so werden die Maßnahmen immer extremer und absurder, betonte Landbauer.

Ende des Lockdown

Landbauer forderte unter Verweis auf die jüngsten Ergebnisse einer US-Studie, wonach Omikron im Vergleich zu Delta das Risiko einer Krankenhauseinweisung um die Hälfte reduziere, das sofortige Ende des seit Ende November andauernden "Lockdown für Ungeimpfte": "Die politisch verordnete Schutzhaft für Ungeimpfte muss endlich aufgelöst werden!"

Auch wenn die positiven Nachrichten zur Omikron-Variante nicht in die Regierungspropaganda passen, so haben die Menschen ein Recht darauf, sie zu erfahren, betonte Landbauer. Im Übrigen sei es absolut unverständlich, dass es in Niederösterreich bis heute keine Empfehlung für eine frühzeitige Behandlung von symptomatischen Corona-Patienten durch Hausärzte gebe, kritisierte der FPÖ-Landesparteiobmann: "Niemand versteht mehr, warum man so lange unbehandelt abgesondert wird, bis man ins Spital muss. Das ist doch vollkommen wirr!"

Kindesmisshandlung

Ein neunjähriger Bub, der von der Maskenpflicht befreit war, musste seinen Sachunterricht-Test bei Minusgraden im Freien vor der Schule schreiben. Die Schulleitung hat sein gültiges ärztliches Attest nicht akzeptiert. Das Foto des mit dicker Winterjacke im Freien sitzenden Kindes ist das schändlichste Symbol des schwarz-roten Corona-Wahnsinns in der Steiermark.

"Wir Freiheitlichen werden die zuständige ÖVP-Bildungslandesrätin Juliane Bogner-Strauß in der nächsten Landtagssitzung mit diesem Skandal konfrontieren und Konsequenzen einfordern", erklärte FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek.

Bogner-Strauß müsse im Landtag Rede und Antwort stehen, wie es zu einer solch fragwürdigen Aktion kommen konnte. "Es kann doch nicht sein, dass ein Schüler, der regelmäßig getestet wird, trotz vorhandenem ärztlichen Attest wie ein Aussätziger behandelt wird", zeigt sich Kunasek empört und forderte die zuständige Landesrätin zum Handeln auf.



Kunasek kritisiert die Auswüchse des Corona-Wahnsinns.



Udo Landbauer FPÖ-Landesparteiobmann Niederösterreich

Durch die Coronakrise und die medial befeuerte Klimakrise ist die Migrationskrise fast aus den Schlagzeilen verschwunden. Das bedeutet jedoch nicht, dass es diese nicht mehr gibt. Ganz im Gegenteil. Der Zustrom von "Schutzsuchenden" aus islamischen Ländern ins Asylparadies Europa hält ungebremst an. Besonders begehrt sind Staaten mit großzügigen Sozialleistungen wie Deutschland, Österreich, Schweden und bis vor kurzem auch Dänemark.

Dänische Maßstäbe

Doch in Dänemark ist jetzt Schluss mit lustig. Galt die dänische Einwanderungspolitik in den 1980er Jahren als eine der liberalsten in Europa, so ist sie heute eine der restriktivsten. Das ist insofern bemerkenswert, weil Dänemark sozialdemokratisch regiert wird. Es sind also nicht die bösen, bösen rechten Populisten, die "ausländerfeindliche" und "rassistische" Einwanderungspolitik betreiben, sondern die linken Sozialdemokraten.

Und die weigern sich, weiterhin die soziale Hängematte für arbeitsunwillige Einwanderer zu spielen. So will die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen Einwanderern nur noch staatliche Hilfe zahlen, wenn diese auch arbeiten. Wenn diese keine reguläre Arbeit finden, sollen sie gemeinnützige Arbeit leisten.

Aktuell hat das dänische Finanzministerium untersucht, welche Bevölkerungsgruppen wie viel in den Sozialstaat einzahlen und wie viel sie kassieren. Das ernüchternde Resultat: Die einzige Gruppe, die in allen Altersgruppen durchgehend mehr erhält, als sie beiträgt, ist jene der Migranten aus islamischen Ländern. Das Ergebnis einer Untersuchung in Österreich wäre wohl ähnlich.

14 Medien Neue Freie Zeitung

GFZWITSCHFR



Martin Thür

@MartinThue

Die Regierung sagt, die Impfpflicht würde es ermöglichen "dass Corona nicht mehr unseren Alltag bestimmt". Gibt es dazu Evidenz, auch Länder mit hoher Durchimpfungsrate hatten Maßnahmen. Gewagtes Versprechen.

Mit der Impfpflicht halst die Koalition ihr Versagen zum Gesundheitssystem den Bürgern um. Das ist bequemer.

Julia

@BlondJedi



16. Jänner 2022 16:55

Menschenrechte gelten seit 2015 nur mehr für "Geflüchtete", aber nicht mehr für Staatsbürger.

TELEGRAM





GEFÄLLT MIR





Schön langsam wird allen klar, worum es dieser Regierung eigentlich geht: Die volle Kontrolle über die Bürger durch die Beschneidung der Grund- und Freiheitsrechte.

Umfrage Deutschland: Kein Vertrauen mehr in die Medien

Nicht einmal mehr die Hälfte der Deutschen vertraut den Medien

asseneinwanderung, Lmakrise und jetzt Corona. Die Medien haben mit ihrer Regierungstreue das Vertrauen der Deutschen verspielt.

Regelmäßig misst das Forsa-institut, wie viel Vertrauen die Bürger ihren Institutionen entgegenbringen. Die neueste Umfrage zeigt bei den Medien eine regelrechte Vertrauensschmelze – und zusätzlich ein starkes West-Ost-Gefälle.

Zu den großen Verlierern der Umfrage zählen aufgrund einiger denkwürdiger Entscheidungen zu Corona und Klimaschutz das Bundesverfassungsgericht, dessen Vertrauensindex um fünf Prozentpunkte sank und die Medien.

Medien sind unten durch

Letztere finden sich am untersten Ende der Skala. Nur noch weniger

heuteiourna Stimmungsmache statt Berichterstattung: So verspielt man Vertrauen.

als die Hälfte der befragten Deutschen schenkt diesen noch ihr Vertrauen. Glimpflich kommt noch das Radio davon: Es genießt noch Ansehen bei 55 Prozent der Bundesbürger (minus drei Prozentpunkte). Geradezu eine Kernschmelze des Vertrauens erfahren dagegen Presse und Fernsehen. Zeitungen und Zeitschriften vertrauen nur noch 46 Prozent (minus drei Prozentpunkte), zum Fernsehen empfinden gerade noch 32 Prozent der von Forsa befragten Zutrauen (minus fünf Prozentpunkte).

In Ostdeutschland fällt der Vertrauensverlust der Bürger noch wesentlich deutlicher aus als im gesamtdeutschen Schnitt. Demnach vertrauen dem Bundesverfassungsgericht in den neuen Ländern nur noch 55 Prozent, der Presse nur noch 32 Prozent, dem Staatsfernsehen gerade einmal 27 Prozent.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Das "Expertenhearing" im Gesundheitsausschuss zeigte einmal mehr die Spaltung der Gesellschaft auf, berichtet der "Kurier". So reagierte die von den Grünen geladene Allgemeinmedizinerin

Susanne Rabady auf kritische Fragen der FPÖ geradezu gekränkt: "Mich schmerzen



die vielen Halbwahrheiten und Ganzfalschheiten, die verbreitet werden. Was wir jetzt brauchen, ist eine Entängstigung der Bevölkerung." Eine per Impfpflichtgesetz verordnete Entängstigung, Frau Doktor?

> Eine "Vernunftpflicht" in der Politik statt der Impfpflicht Oberösterforderte reichs FPÖ-Chef Manfred Haimbuch-



ner, berichtet die "KronenZeitung". Die "großartige" Wirkung der Impfung habe sich bei seinem Kollegen Günther Steinkellner gezeigt. Der wurde im Herbst

nach der Erstimpfung positiv getestet und jetzt erneut, trotz bereits erfolgter Zweitimpfung.

Was für ein Tag in der durchgeboosterten ZiB1-Redaktion, als die Koalition am Sonntag ihr Impf-Diktat vorgestellt hat.

Da bekam vom Innenpolitik-Chef zunächst Sebastian Kurz sein Fett ab. Unter ihm hätte es eine "Einbindung der anderen Parteien" in die Diskussion nicht gegeben. Der hätte das durchgezogen. Frage an Radio Eriwan: Was hat Nehammer anders gemacht? Antwort: Nehammer hat sie zwar eingeladen, aber am Regierungsentwurf nur das geändert, was ihm der Verfassungsgerichtshof ohnehin zurückgeschmissen hätte.

Analyse-Kompetenz hat man im ORF in Sachen Corona ja schon



GISBÄRS TV-NOTIZ

längst beim Portier abgegeben.

Das zeigte einmal mehr der Wissenschafts-Erklärer der ZiB1. Die Impfung schützt bei der für alle mild verlaufende Omikron-Infektion "natürlich" nur die Geimpften vor "schweren Verläufen". Daten aus England schien der Herr nicht zu kennen oder kennen zu wollen.

Und auf den Intensivstationen lägen nach wie vor hauptsächlich Ungeimpfte. Laut Gesundheitsministerium kann man den Impfstatus wegen des Datenschutzes nicht eruieren. Der ORF kann es trotzdem? Oder macht er's wie die Hamburger und Bayern und wirft alle mit ungeklärtem Impfstatus in den Topf der Ungeimpften?

Es gibt ja die "zehntausenden" positiven Studien zur Impfung, aber bei den Ungeimpften ist sowieso jeder "Pieks" verloren, die haben ein "Schneebrett vor dem Kopf".

Oder hat doch nicht eher die hauseigene "Fake-News"-Lawine den Tassenschrank der ZiB1 geleert?

Eine Säule für den Admiral

Als Österreich noch eine Seemacht war

Eines der bekanntesten Denkmäler Wiens ist das des Marinekommandanten Wilhelm von Tegetthoff. Die Älteren werden sich erinnern, daß die weit aufragende Säule, auf der der Sieger der Seegefechte vor Helgoland und jener von Lissa steht, einst der Mittelpunkt des Pratersterns war. Wer übrigens nicht weiß, wo Lissa liegt, wird in deutschen Lexika vergeblich danach suchen, es handelt sich um eine kleine kroatische Insel Vis. die für Österreich durch den Sieg über die Italiener freilich bedeutend wurde. Jetzt ist das Monument durch gewaltige Umbauten der rundherum verlaufenden Straßen bescheiden auf die Seite gerückt.

Wiener Humor

Karl Farkas hat den Vizeadmiral in einem seiner Sketches interviewt und gefragt, warum er denn immer in die Novaragasse blicke, ein Straßenzug, der früher für die dort auf und ab gehenden Damen bekannt

Die Wiener sorgten überdies für Heiterkeit, indem sie die gewaltige Marmorsäule, die an die Tri-

umphsäule am Londoner Trafalgar Square erinnert, als Monument für den Erfinder des Kleiderständers bezeichneten. Das kommt daher, weil sie von drei Schiffrümpfen durchstoßen scheint, auf denen sich die Leute aufgehängte Mäntel vorstellten.

Unten wird die Säule von Hippocampen umgeben, das sind Fabelwesen, die vorne einen Pferde- und hinten einen Fischkörper haben.

Weitere Adressen

Sie ist übrigens 16 Meter hoch, der Seefahrer selber mißt zweiein-

Genau zwanzig Jahre nach dem Sieg von Lissa wurde sie am 21. September 1886 in Anwesenheit von Kaiser Franz Joseph enthüllt, nachdem vorher ein Platz vor der Votivkiche abgelehnt worden war.

Der Standort am Ende der Praterstraße garantierte dem Helden durch die Nachbarschaft des damals wichtigen Nordbahnhofs und des Wurschtlpraters große Popularität. Diese dürfte mittlerweile geschwunden sein, ansonsten hätten wir im Vorjahr des 250. Todestages des Admirals gedenken müssen.

Meines Wissens hat das keiner getan.

Die Tegetthoffstraße suche man nicht in der Nähe der Säule, die befindet sich in der Innenstadt. Im Schifffahrtsmuseum Handelskai in der Leopoldstadt gibt's das Restaurant Tegetthoff, die Tegetthoffbrücke. einst über den unregulierten Wienfluß führend, ist jetzt eine als Brücke

nicht erkennbare Verlängerung der Johannesgasse, und die Marinekaserne Tegetthoff ist am Kuchelauer Hafen in Döbling.

Der große Admiral ist in Wien also allgegenwärtig.

Herbert Pirker

Jetzt 100 x 1 Million extra bei EuroMillionen

Am 21. Jänner regnet es Millionäre

Die EuroMillionen Ziehung am Freitag, den 21. Jänner 2022 wird alles andere als gewöhnlich, denn die Promotion "Shower of Millionaires" feiert Premiere. Und damit ist eines sicher: Egal wie sehr den EuroMillionen Fans das Glück bei dieser Ziehung hold ist, es wird nach der Ziehung 100 EuroMillionen-Millionäre mehr geben.

Alle EuroMillionen Tipps, die bei der Ziehung am 21. Jänner 2022 mitspielen, nehmen automatisch an der Verlosung von 100 mal 1 Million Euro teil. Dafür wird eine Buchstaben-Ziffern-Kombination auf der EuroMillionen-Quittung aufgedruckt. Die gewinnbringenden Kombinationen werden unter anderem in den Annahmestellen der Österreichischen Lotte-

rien und online über win2dav.at veröffentlicht

EuroMillionen kann in allen Annahmestellen der Österreichischen Lotterien sowie auf win2day.at gespielt werden. Entweder per Normalschein, Quicktipp, mit System, mittels Anteilsscheines, Team Tipp oder per EuroMillionen Abo. Und natürlich über die Lotterien App. Annahmeschluss ist am Freitag, den 21. Jänner um 18.30 Uhr.

Lotterien Tag: Auf den Spuren der KinoSaurier Am 21. Jänner mit einem Lotterieprodukt gratis ins Naturhistorische Museum Wien

Am Freitag, den 21. Jänner 2022 bekommen die Spielteilnehmerinnen und Spielteilnehmer der Österreichischen

Lotterien Gratis-Eintritt zur aktuellen Sonderschau "KinoSaurier - Fantasie & Forschung" im Naturhistorischer



Museum Wien und damit einen Blick auf die Kinoleinwand der vergangenen Jahrzehnte Auch wenn sie lange ausgestorben sind, beim Begriff "Dinosaurier" hat jeder Bilder im Kopf, die auch durch die Filmindustrie geprägt wurden. Anhand einer Reise durch die Filmgeschichte zeigt die Ausstellung, wie sich die Darstellung der Dinosaurier durch fortschreitende technische Möglichkeiten und Spezialeffekte im Laufe der Zeit verändert hat.

Unter Vorweis eines Lotterieproduktes er hält man am Lotterien Tag freien Eintritt. Es werden auch drei kostenlose Führungen mit limitierter Teilnehmerzahl angeboten.

Detaillierte Informationen findet man unter lotterientag.at. Das Museum hat von 9.00 Uhr bis 18.30 Uhr geöffnet.



Samstag, 22. Jänner

NIEDERÖSTERREICH 13:00 Uhr: Amstetten (Hauptplatz): Amstetten für Impffreiheit

17:30 Uhr: Wiener Neustadt (Hauptplatz): Kundgebung und Spaziergang

18:00 Uhr: St. Valentin (Hauptplatz): Spaziergang

VORARI RERG 13:00 Uhr: Bregenz (Festspielplatz): Für Freiheit und Selbstbestimmung

OBERÖSTERREICH 13:00 Uhr: Linz (Hauptplatz): Demo-Spaziergang

15:00 Uhr: Bad Ischl (Kurpark): Spaziergang für Zusammenhalt

STEIERMARK 13:00 Uhr: Graz (Hauptbahnhof): Protestmarsch zum Freiheitsplatz

18:00 Uhr: Weiz (Hauptplatz): Fackelzug

TIRNI 15:00 Uhr: Innsbruck (Landhausplatz): Spaziergang

RURGENI AND 17:00 Uhr: Oberpullendorf (Hauptplatz): Fackelzug

Weitere Termine in der kommenden Woche finden Sie auf: www.fpoe.at/demokalender





Politische Bildung aktuell





"Blaues Österreich": Wir stellen die FPÖ vor!

Seit ihrer Gründung im Jahr 1956 steht die Freiheitliche Partei Österreichs für mehr direkte Demokratie und aktive Miteinbindung der Bevölkerung zu gesellschaftspolitischen Themen. Daher wurden in der Geschichte der Partei zahlreiche Volksbegehren, welche die Bürgermitbestimmung aktiv fördern sollten, initiiert. In dieser Serie wollen wir die bekanntesten Volksbegehren der FPÖ, sowie jene, die in Kooperation mit anderen Parteien eingebracht wurden, präsentieren.

1987: Das Anti-Privilegien-Volksbegehren

Im Jahr 1987 rief die FPÖ das "Volksbegehren für Leistung und Gerechtigkeit – gegen Parteibuchwirtschaft und Privilegien", kurz "Anti-Privilegien-Volksbegehren" ins Leben.

Jörg Haider hatte im Jahr 1986 die Freiheitliche Partei mit dem Ziel übernommen, die Republik Österreich zu verändern. Eines der zentralen Themen war der "rot-schwarze Proporz", der Österreich seit Jahrzenten prägte. Im Jahr 1987 wurde dann das erste freiheitliche Volksbegehren, welches sich gegen Parteibuchwirtschaft und Privilegien richtete, beziehungsweise "mehr Leistung und Gerechtigkeit" forderte, ausgerufen.

Das Volksbegehren umfasste inhaltlich die Beseitigung ungerechtfertigter Privilegien, Maßnahmen zur Entstaatlichung, die Gleichstellung

staatlicher und privater Unternehmertätigkeiten, die freiwillige Mitgliedschaft bei den Berufskörperschaften, unter anderem Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Kammern für Land- und Forstwirtschaft und den Österreichischen Hochschülerschaften.

Weiters beinhaltete das Volksbegehren die Forderung nach einer objektiven Vergabe von Dienstposten und Wohnungen, sprich die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer politischen Partei oder Vereinigung dürfe keinerlei Bewertungskriterium darstellen, sowie die Erweiterung der Zuständigkeit der Volksanwaltschaft. Mit rund 250.700 Unterschriften war das Volksbegehren aus freiheitlicher



FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.

fbi-politikschule.at